

Kordula Kovac
Mitglied des Deutschen Bundestages
Ihre Abgeordnete für Südbaden



INFORMATIONSBRIEF - SPEZIAL - August 2014

Auf der Suche nach Ursachen und Lösungen für die Flüchtlingsproblematik – Italien-Reise des Petitionsausschusses

Liebe Leserinnen und Leser,

seit 2008 ist der 19. August Welttag der humanitären Hilfe. So lobenswert dieser Aktionstag ist, klar ist, dass humanitäre Hilfe nicht nur an einem, sondern an 365 Tagen im Jahr auf dem Programm stehen sollte. Aus diesem Anlass lesen Sie heute eine Sonderausgabe meines Newsletters zur aktuellen Flüchtlingsproblematik. Ich war mit dem Petitionsausschuss des Deutschen Bundestags in Italien und möchte Ihnen einen Einblick geben, was die Europäische Union und auch wir in Deutschland tun können, um dieser humanitären Katastrophe entgegenzuwirken. Ich denke, dass Sie durch die Lektüre viel Neues, aber auch Nachdenkliches über die Situation am Mittelmeer erfahren werden.

Ihre

Kordula Kovac

Inhaltsverzeichnis

1. Hintergrund des Italien-Besuchs	Seite 2
2. Die Delegationsreise vor Ort	Seite 3
3. Flüchtlingszahlen	Seite 11
4. Aktuelle Situation in den Flüchtlingscamps	Seite 12
5. Überblick über die bisherigen Maßnahmen	Seite 12
6. Ausblick und Fazit	Seite 13
7. Kordula Kovac berichtet Schülern von der Reise	Seite 14
8. Besuch bei REFUGIO, der Kontaktstelle Flüchtlinge	Seite 15

1. Hintergrund der Italien-Besuchs des Petitionsausschusses

Zusammen mit sechs weiteren Mitglieder des Petitionsausschusses aus allen Fraktionen reiste Kordula Kovac vom 15. Juni 2014 bis zum 20. Juni 2014 nach Italien, um sich persönlich ein Bild von der Situation und dem Umgang mit den Flüchtlingsströmen zu machen, die das Land seit Oktober 2013 zunehmend erreichen.

Anlass der Reise waren mehrere Petitionen aus der vorangegangenen Legislaturperiode, in denen Bürger die Bundesregierung dazu auffordern, die Abschiebung von Asylsuchenden nach Italien aufgrund der unhaltbaren Situation in den Auffanglagern sowie der Überforderung italienischer Behörden auszusetzen.

Die sizilianische Hauptstadt Palermo stand ebenso wie Rom als Reiseziele auf dem Programm. Gespräche konnte die Delegation u.a. mit dem Bürgermeister von Palermo, dem Direktor des italienischen Flüchtlingsrates, mehreren Vertretern offizieller italienischer Behörden aus dem Innenministerium, des Ausschusses für Menschenrechte der Camera dei Deputi und der Polizei sowie Vertretern der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Friedrich-Ebert-Stiftung führen. In zwei Aufnahmeeinrichtungen in Caltanissetta (CARA) und in der Nähe von Rom (ENEA) konnte sich Kordula Kovac zusammen mit ihren Bundestagskollegen zudem unmittelbar ein Bild von der Lage machen.



Mitglieder des Petitionsausschusses mit Vertretern der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Friedrich-Ebert-Stiftung

2. Die Delegationsreise vor Ort

Sonntag, 15. Juni 2014, Palermo – Begrüßung und Briefing durch Honorarkonsul Prof. Vincenzo Militello

Nach einer Vorstellungsrunde schilderte der Honorarkonsul zu Beginn die allgemeine wirtschaftliche Lage Siziliens: Diese sei von einer hohen Arbeitslosigkeit geprägt, die insbesondere im Bereich der Jugendarbeitslosigkeit Rekordwerte erreiche, was zu einer Abwanderung junger Akademiker in den Norden Italiens sowie ins Ausland führe.

Auf Nachfrage der Delegation schilderte er zudem die Berührungspunkte und Verflechtungen von Behörden und dem organisierten Verbrechen in Form der „Mafia“. Die illegale Einwanderung entwickelt sich aufgrund des hohen Anstiegs der Flüchtlingsströme seit dem „Arabischen Frühling“ zu einem Problem für die Region. So habe an diesem Tag erst ein Schiff der Marine 750 gerettete Flüchtlinge in den Hafen von Palermo gebracht. Diese Rettungsaktion habe im Rahmen der Mission „Mare Nostrum“ stattgefunden: Eine Initiative der italienischen Regierung, die nach dem Schiffsunglück vor Lampedusa im Oktober 2013 mit über 360 Toten, der Kontrolle der Flüchtlingsströme sowie der Rettung von Flüchtlingen auf dem Meer gewidmet ist.

Zwar begegne die sizilianische Bevölkerung Flüchtlingen traditionell mit Toleranz und Solidarität, diese könne bei einem weiteren Anstieg der Flüchtlingsströme jedoch auf eine harte Probe gestellt werden. So bestehe eine dringende Notwendigkeit an lösungsorientierten Eingriffen, um dem stark wachsenden Ausländeranteil in vor allem kleinen Gemeinden entgegenzuwirken.

Montag, 16. Juni 2014, Palermo - Gespräch mit Prof. Leoluca Orlando, Bürgermeister, Giusto Catania, Assessor der Stadt Palermo, und Adham Darawsha, Vorsitzender der "Consulta delle Culture di Palermo"

Der Bürgermeister erklärte, die Mafia sei entgegen einem weit verbreiteten Vorurteil nur ein Mosaikstück der Stadt und keineswegs der Rahmen. Besonders kennzeichnend sei die Toleranz Palermos, die als Waffe gegen das organisierte Verbrechen diene.

Auch die Bereitschaft zur Aufnahme und die damit verbundene Toleranz gegenüber Einwanderern sei traditionell charakteristisch für die Stadt und für Sizilien im Allgemeinen – die aktuellen Umstände seien jedoch eine Bedrohung für die tolerante Einstellung auf der Insel.

In diesem Zusammenhang betonte er, dass besonders Sizilien von der illegalen Einwanderung betroffen sei: Etwa 93 Prozent aller Einwanderer betrete Europa über die sizilianischen Küsten, wenn auch nur 13 Prozent davon in der Region blieben. Da die Mehrheit in andere europäische Staaten weiterreise, handele es sich bei der Problematik der illegalen Einwanderung in Italien um ein europäisches Problem, das gemeinsam gelöst werden müsse.

Mit der Mission „Mare Nostrum“ habe die italienische Marine bisher tausende von Menschenleben gerettet, indem die Schiffe der italienischen Marineein-

heiten fast bis an den Rand der Hoheitsgebiete der afrikanischen Staaten vorstießen, um Flüchtlinge zu bergen. Dies solle auch von der EU berücksichtigt werden, um im Rahmen eines solchen Einsatzes Mitverantwortung zu übernehmen. Dies könnte auch durch ein Eingreifen der „Europäischen Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union“ (Frontex) geschehen, um über Sizilien ein Drehkreuz zu schaffen, von dem aus Flüchtlinge auf andere europäische Länder umverteilt werden könnten.

Besonders besorgniserregend sei der Umstand, dass immer mehr Kinder ohne Vormund illegal durch Schlepperbanden einwanderten. Eine Regelung in Italien verbiete die Abschiebung Minderjähriger grundsätzlich, so dass diese in den Gemeinden untergebracht und versorgt werden müssten. Aufgrund der hohen Einwanderzahlen, funktioniere man nun Kasernen in provisorische Unterbringungen um.

Abschließend betonte er erneut, dass eine Lösung nur mit Europa möglich sei und die Mitgliedsstaaten nicht ihre Augen vor dem Problem verschließen dürfen.

Gespräch mit Dott.ssa Angela Maria Spatola, Leiterin der Einwanderungsabteilung des Polizeipräsidiums, und Herrn Agricola, stellvertretender Polizeipräsident Palermos

Der stellvertretende Polizeipräsident Agricola erklärte die Mission „Mare Nostrum“ und ging insbesondere darauf ein, dass die Schiffe der italienischen Marine teilweise bis vor der Küste Nordafrikas patrouillierten. Der massive Anstieg an Flüchtlingen treffe die Region Sizilien besonders hart, da fast alle über diese Region nach Europa einreisten. Allein bis Juni 2014 seien bereits 55.000 Menschen auf Sizilien angekommen, etwa 16.000 von ihnen aus Syrien und Eritrea.

Die Leiterin der Einwanderungsabteilung des Polizeipräsidiums, Frau Spatola, beschrieb daraufhin den Ablauf einer jeden Rettungsaktion, bei der Flüchtlinge mit einem Schiff der Marine nach Sizilien kämen: 24 Stunden vor Ankunft werde eine „Kriseneinheit“ zusammengestellt, bestehend aus Polizei, dem Zivilschutz, dem Roten Kreuz und Sanitätern des Gesundheitsministeriums. Letztere beträten das Schiff bei Ankunft und führten eine Screening nach ansteckenden Krankheiten durch. Erst danach dürften die Flüchtlinge an Land kommen. Die meisten von ihnen hätten keine Dokumente bei sich und versuchten ihre Herkunft zu verschleiern. Obwohl viele asylberechtigt seien, stellten sie keinen Antrag, sondern versuchten in den Norden zu fliehen.

Auf Nachfrage berichtete sie der Delegation zudem, dass ihre Abteilung trotz des enormen Anstiegs an Flüchtlingen in den letzten Monaten noch ohne zusätzliche Mitarbeiter auskomme. Frontex setze aktuell keine zusätzlichen Mittel in Palermo oder anderen vom Flüchtlingsstrom betroffenen Häfen Siziliens ein.

Gespräch mit Dott.ssa Francesca Rita Maria Cannizzo, Präfektin der Provinz Palermo

Die Präfektin Frau Dr. Cannizzo erläuterte, dass die Flüchtlinge, die an der sizilianischen Küsten landen, weiterführende Pläne für ihr zukünftiges Leben in Europa hätten und die Risiken der Überfahrt nicht ohne weiteres auf sich nähmen. Um diesen Menschen gezielt zu helfen, bräuchte es ein europäisches Projekt, denn Sizilien könne diese Aufgabe nicht alleine bewältigen.

Als erste Maßnahme bei der Ankunft hätten die örtlichen Behörden grundlegende Hilfe zu leisten, wie etwa erste medizinische Hilfe und die Versorgung mit Kleidung und Nahrung. In diesem Zusammenhang beschrieb sie ihre Rolle als Vertreterin der Regierung vor Ort, die sie mit der Rolle eines Dirigenten verglich. Einer ihrer Aufträge sei es, die vielfältigen Einsätze von privaten und staatlichen Organisationen im Bereich der Einwanderung zu koordinieren.

Auf die Frage der Delegation, in wie weit das organisierte Verbrechen in Form der „Mafia“ in Schlepperorganisationen verstrickt sein könnte, antwortete sie, es gebe polizeiliche Untersuchungen, die aber bis zum aktuellen Zeitpunkt noch keine strafrechtlichen Ergebnisse geliefert hätten.

Gespräch mit Vertretern von NGO's: P. Sergio Natoli von „Migrantes“ und Fabiana Giuliani von „Praesidium“

Frau Giuliani erläuterte Statistiken zur illegalen Einwanderung über Sizilien. Dabei thematisierte sie besonders die Verteilung nach Herkunftsländern. Ihre Organisation kümmere sich vor Ort um die Flüchtlinge und verteile Broschüren in mehreren Sprachen, die über das Asylrecht aufklärten. Sie unterstrich die große Bedeutung der Mission „Mare Nostrum“, die bereits vielen Menschen das Leben gerettet habe.

Herr Natoli betonte die Bedeutung katholischer Organisationen wie z.B. der Caritas bei der ersten Betreuung der Flüchtlinge. Ebenso lobte er das Projekts „Arcobaleno di Popoli“ (Regenbogen der Völker), das auf ein friedliches Zusammenleben der Volksgruppen und des Respekts ihrer Identitäten hinarbeite.

Dienstag, 17. Juni 2014, Caltanissetta - Besuch der Aufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge (CARA)

Die Aufnahmeeinrichtung beherbergte zum Zeitpunkt des Besuches 615 Einwanderer, die während der Bearbeitung ihrer Asylanträge eine Basisversorgung (Unterkunft, medizinische Versorgung, Nahrung, Kleidung etc.) erhielten. Betrieben werde die Einrichtung von einer privaten Initiative, die nach einer europaweiten Ausschreibung den Auftrag bekommen habe. Bei der Ausführung und Organisation würden Vertreter der Präfektur Caltanissetta und des Polizeipräsidiums helfen. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer in der Einrichtung betrage sieben bis acht Monate.

Die Delegation besuchte in der Einrichtung zwei der drei Camps, in denen die Flüchtlinge nach Nationalitäten getrennt leben. Diesen Bewohnern sei es gestattet, sich frei zu bewegen. Die Menschen im dritten Camp hingegen dürften dieses nicht verlassen, da es sich um straffällig gewordene Flüchtlinge handle, die in den meisten Fällen ihre Strafe schon abgesessen hätten und nun auf die Ausweisung in ihre Herkunftsländern warteten. Den Mitgliedern der Delegation ist auf Nachfrage kein Zugang gewährt worden, da ihre persönliche Sicherheit nicht gewährleistet werden könne.

In den zwei offenen Camps mit 529 Bewohnern gab es Gelegenheit, mit den Bewohnern zu sprechen. Ebenso wurde das medizinische Zentrum besucht, das auch für die psychologische Einstufung jedes Neuankömmlings zuständig sei: Dieses bestehe aus einem Interview von 15 bis 30 Minuten und dem Ausfüllen von Formularen. Für die Verständigung mit Flüchtlingen gebe es Dolmetscher, zum Teil würden aber auch andere Bewohner bei Verständigungsproblemen um Hilfe gebeten.

Treffen mit Dott. Carmelo Valente, Präfekt von Caltanissetta

Der Präfekt von Caltanissetta, Herr Dr. Valente, betonte, die Probleme durch den Flüchtlingsstrom seien größer als es die Einrichtung in seiner Präfektur vermuten lasse, denn diese besitze Vorbildcharakter und sei nicht repräsentativ für andere Einrichtungen dieser Art auf Sizilien und in Italien. Der Standard sinke dabei, je mehr Menschen in den Lagern untergebracht würden. Eine Art Teufelskreis entstehe dabei, weil die Schiffe der Mission „Mare Nostrium“ angehalten wären, den nächst gelegenen Hafen anzufahren – und von Nordafrika kommend seien die nächst gelegenen Häfen auf Sizilien.

Der Präfekt lobte die große Toleranz und Solidarität der Bewohner Caltanissettas sowie die hohe Bereitschaft der Flüchtlinge, sich zu integrieren. Dafür spreche seiner Meinung auch die Tatsache, dass auch die teilweise massive Präsenz von Flüchtlingen in den vergangenen Monaten nie zu einer Steigerung der Kriminalitätsrate in Caltanissetta geführt habe.

Mittwoch, 18. Juni 2014 - Gespräch mit Frau Katja Plate, Leiterin der Konrad-Adenauer Stiftung, und Dr. Michael Braun, Leiter der Friedrich-Ebert-Stiftung

Nach einer Erläuterung des Delegationsleiters, Gero Storjohann (CDU), MdB, zum Hintergrund der Delegationsreise deckte das folgende Gespräch die Themen Migration und Flüchtlingspolitik sowie die allgemeine politischen Lage in Italien ab.

Herr Braun führte aus, die Operation „Mare Nostrum“ stelle eine Kehrtwende dar: Sie sei ein „Freibrief für Schleuser“, die Aufnahmezahlen stiegen an, ebenso nehme die unmittelbare Weiterreise in den Norden zu. In der jüngeren Vergangenheit hätten deutsche Gerichte vermehrt Dublin-Rückführungen nach Italien verhindert mit Verweis auf Mängel in der Unterbringung und bei

der gesundheitlichen Versorgung in Italien. Die SPRAR-Aufnahmeeinrichtungen seien dabei aber oft modellhaft und gut ausgestattet, doch gebe es auch Negativbeispiele, wozu ebenfalls provisorisch eingerichtete Lager in beispielsweise umfunktionierten Turnhallen gehörten.

Frau Plate betonte die große Bandbreite der Flüchtlingsproblematik, konkrete oder pauschale Antworten seien schwierig. Italien müsse sich aber gleichwohl bemühen, mehr als bisher realistische und zielorientierte Vorschläge einzubringen.

Gespräch mit Botschafter Schäfers

Der Botschafter erläuterte die aktuelle politische und soziale Lage in Italien: Ein umfassendes soziales Netz und System wie in Deutschland gebe es dort nicht. Stattdessen sei aber der Zusammenhalt der Familie sehr ausgeprägt, so dass soziale Problemfälle durch die Unterstützung der Familie aufgefangen würden.

Die Themen Migration und Flüchtlingspolitik würden in Italien erschwert, da es Abstimmungsschwierigkeiten im und mit dem Innenministerium gebe.

Flüchtlinge reisten zunehmend weiter in den Norden Europas und blieben nicht in Italien. Da andere EU-Mitgliedstaaten sowohl prozentual als auch in absoluten Zahlen mehr Flüchtlinge aufnahmen, müsse Italien dort mehr tun. Eine Lösung könnten seiner Meinung nach Quotenregelungen sein.

Treffen mit Frau Solange Hennequin, Deutsche Liaisonbeamtin des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) beim Italienischen Innenministerium

Frau Hennequin wies darauf hin, dass die Asylantragszahlen in Deutschland wesentlich höher seien als in Italien: So seien in Deutschland 127.000 Anträge im Jahre 2013 gestellt worden, wohingegen in Italien bis Juni 2014 weniger als 30.000 Anträge gestellt worden seien. Ein Grund dafür seien auch die teilweise sehr langen Bearbeitungszeiten.

Auf Nachfrage der Delegation berichtete sie, dass es qualifiziertes Personal gebe und die Asylverfahren formal korrekt verliefen. Repräsentanten des UNHCR (Hoher Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen) seien präsent und achteten darauf, dass EU-Standards eingehalten werden. Es gelinge allerdings nicht immer, die gesetzlichen Vorgaben wie etwa die maximale Dauer von 35 Tagen in der Erstaufnahmeeinrichtung CARA zu erfüllen.



Kordula Kovac im Gespräch mit Asylsuchenden im Flüchtlingslager CARA

Für anerkannte Asylanträge stelle sich die Situation in Italien schwierig dar, da es kaum Unterstützung durch staatliche Stellen gebe.

Unbegleitete Minderjährige, sogenannte „vulnerable cases“, würden untergebracht und versorgt werden. Die Zahl unbegleiteter Jugendlichen nehme deutlich zu, doch die richtige Einschätzung des Alters sei grundsätzlich schwierig, da viele keine Dokumente bei sich tragen würden. Dass viele Flüchtlinge keinen Asylantrag stellten, erklärt sie damit, dass die Betroffenen sich damit höhere Chancen ausmalten, nach Nordeuropa zu kommen.

Besonders betroffen zeigte sich Kordula Kovac über die kriminellen Machenschaften der Schlepperbanden und die Situation von minderjährigen Flüchtlingen. Die Zuständigkeit falle in die Verantwortung der italienischen Kommunen, doch diese seien bereits so schon finanziell überlastet: *„Kinder verdienen besonderen Schutz. Hier muss Europa aber vor allem auch Deutschland größere menschliche Verantwortung übernehmen.“*

Gespräch mit dem Vorsitzenden des Menschenrechtsausschusses, Onorevole Mario Marazziti in der Camera dei Deputati

Herr Marazziti schilderte eingangs die Arbeits- und Themenschwerpunkte des Menschenrechtsausschusses: Dabei gehe es vor allem um Probleme von religiösen, ethnischen und sozialen Minderheiten und der Förderung des friedlichen Zusammenlebens. Im Ausschuss seien alle Fraktionen vertreten und es gebe regelmäßig Anhörungen mit Organisationen und Vertretern von Minderheiten. Ziel sei dabei der Einfluss auf die Gesetzgebung und weniger die individuelle Reaktion auf Beschwerden.

Auf die Frage der Delegation, ob es beim Thema Flüchtlinge und Asyl konkrete Ideen gebe, die während der italienischen Ratspräsidentschaft gemeinsam erörtert werden könnten, antwortete Herr Marazziti, dass das Parlament noch

am selben Tag über einen Antrag abstimmen werde. Dabei handele es sich um eine Empfehlung an die Regierung, auf europäischer Ebene den Vorschlag einzubringen, Anlaufstellen für Migranten in diplomatischen Vertretungen europäischer Länder in Ursprungsländern der Flüchtlingsströme einzurichten (Anm.: Dieser Antrag wurde gebilligt).

In diesem Zusammenhang gebe es noch weitere Überlegungen, wie etwa die Schaffung eines EU-Erstaufnahmелagers auf italienischem Staatsgebiet, über das die Verteilung auf die EU-Mitgliedsstaaten entschieden werden könne. Ebenso werde darüber nachgedacht, die Einrichtung von EU-Vertretungen oder Registrierungsstellen in Nordafrika und im Nahen Osten vorzuschlagen. Die Vorschläge würden dem Ministerpräsidenten sowie dem Innen- und Außenminister zugeleitet werden, und könnten Grundlage für eine europäische Diskussion werden.

Die Einladung, in absehbarer Zeit nach Berlin zu reisen und sich vor Ort über die Arbeit des Petitionsausschusses zu informieren, nahm Herr Marazziti dankbar an. Eine solche Reise kann eventuell schon im Herbst 2014 möglich sein.

Donnerstag, 19. Juni 2014, Rom - Treffen mit Dr. Christopher Hein, Direktor des italienischen Flüchtlingsrates

Herr Dr. Hein berichtete, dass weniger als die Hälfte der in Italien angekommenen Flüchtlinge dort einen Asylantrag stellten, da viele eine Weiterreise in andere europäische Staaten anstrebten. Eine allgemeine Einschätzung der Aufnahmebedingungen in Italien sei schwierig, jedoch sei der Standard in der ersten Grundversorgung sowie beim Thema Menschenrechte sehr viel besser als in Griechenland und diversen osteuropäischen Staaten. Ein Kritikpunkt in Italien sei aber die besonders lange Verfahrensdauer für Asylanträge.

Das Gerücht, dass die italienischen Behörden gezielt Flüchtlinge dazu anhielten nach Nordeuropa weiterzureisen, könne er nicht bestätigen – dennoch komme so etwas in der Praxis sicherlich vor.

Er bestätigte nationale Abstimmungsschwierigkeiten in der Flüchtlingspolitik, das italienische Innenministerium habe aber Pläne zur besseren Koordination zwischen den Kommunen, Provinzen, Regionen und dem UNHCR angekündigt.

Die Aufnahmekapazität der SPRAR-Zentren, die dezentrale Unterbringung in Kommunen, sei von 2.000 auf 20.000 ausgeweitet worden und eine Aufstockung auf 25.000 sei geplant. Die aktuelle Kapazität der CARA-Erstaufnahmeeinrichtungen liege bei gut 10.000, die der weiteren Aufnahmeeinrichtungen ebenfalls bei über 10.000.

Die EU leiste wegen der Flüchtlingsströme einen substantiellen finanziellen Beitrag an Italien, der sich mit über 350 Millionen Euro beziffern ließe.

Besuch der Flüchtlingsaufnahmeeinrichtung ENEA: Gespräch mit dem Direktor Dott. Alfredo Romani und Führung durch die Einrichtung.

Die Flüchtlingsaufnahmeeinrichtung ENEA existiere seit 2007 und diene mittlerweile auch der Erstaufnahme. Sie beherberge derzeit etwa 400 Männer und 40 Frauen. Ziel der Einrichtung sei die Integration in die italienische Gesellschaft: Dies schließe sowohl Sprachkurse als auch die Arbeitssuche ein. 2013 sei es durch die Einrichtung etwa 120 Migranten gelungen, eine Arbeit finden und die Einrichtung zu verlassen. 2014 seien 80 Personen erfolgreich integriert worden.

Auf der Führung ist der Delegation unter anderem der Theaterraum, die Kantine und die Kirche gezeigt worden, die aus der früheren Nutzung des Gebäudes als Ordenshaus erhalten geblieben sei und für das Gebet und die Ruhe auch von nichtchristlichen Bewohnern genutzt werde.

Freitag, 20. Juni 2014, Rom - Gespräch mit Dott. Antonio Borrelli, Leiter der Einwanderungsbehörde im Italienischen Innenministerium

Die Delegation stellte eingangs die Frage, wie im Innenministerium die aktuelle Migrationslage in Italien bewertet werde und welche Lösungsvorschläge diskutiert würden. Dabei wies der Delegationsleiter, Gero Storjohann, MdB, daraufhin, dass man nach den Erfahrungen der Delegationsreise den Eindruck habe, dass Italien in der Lage sei, Asylbewerber und anerkannte Flüchtlinge angemessen aufzunehmen.

Herr Dr. Borrelli erklärte, alle Lösungsansätze seien von zwei Grundsätzen geprägt: Dem Schutz von Menschenleben sowie der angemessenen Ausführung des Asylrechts. Die Mission „Mare Nostrum“ habe zwar mehr illegale Einwanderer nach Italien gebracht, dafür seien aber weitere Unglücke wie das am 3. Oktober 2013 vor Lampedusa mit über 360 Todesopfern vermieden worden. Inzwischen liege die Zahl der Flüchtlinge bis Juni 2014 bei 58.000, von denen etwa 20.000 einen Asylantrag gestellt hätten. Man sei sich bewusst, dass die Anzahl an Anträgen in Deutschland wesentlich höher sei.

Ein Schwerpunkt der italienischen EU-Ratspräsidentschaft werde die Stärkung der Zusammenarbeit mit Drittländern im Mittelmeerraum sein. Herr Dr. Landoli, Mitglied der Delegation des Innenministeriums, ergänzte, die Ratspräsidentschaft werde ihre Agenda an den Migrations- und Asylfragen ausrichten. Europa habe es mit „gemischten Flüchtlingsströmen“ zu tun: Armutseinwanderung einerseits und Asylanten andererseits. Es sei wichtig, gemeinsam Regelungen im Rahmen von Dublin III zu entwickeln. Zudem müsse Frontex an Bedeutung gewinnen und eine größere Rolle spielen.

Die Delegation des Petitionsausschusses erkundigte sich, was mit den Einwanderern passiere, die in Italien ankämen, aber keinen Asylantrag stellten; dem schloss sich die Frage an, ob die italienischen Behörden die Menschen, etwa mit einem „Handgeld“, zur Weiterreise ermutigten.

Herr Dr. Borrelli versicherte, man habe die Absicht, alle Ankömmlinge zu identifizieren und zu registrieren. Dabei entstünden aber vor allem mit Syrern und Eritreern Probleme, da diese oftmals versuchten, sich einer Registrierung zu entziehen, um nach Nordeuropa weiterzureisen, wo viele Familienangehörige oder Bekannte hätten. Offizielle Hilfe durch die Behörden könne er nicht bestätigen. Wenn täglich tausende Flüchtlinge ankommen, gebe es jedoch rein logistische Probleme bei der Identifizierung und viele Flüchtlinge nutzten dies für eine Flucht nach Norden.

Frau Dr. Longrazia, Mitglied der Delegation des Innenministeriums, erläuterte, dass seit 2010 wegen unwürdiger Unterbringung keine Flüchtlinge im Rahmen der Dublin II Verordnung nach Griechenland zurückgeschickt würden. Ein Gerichtsurteil habe bestätigt, dass Italien eine angemessene Unterbringung garantiere. Wegen der starken Flüchtlingsströme sei man aber auf eine bessere Zusammenarbeit mit der EU angewiesen.

Herr Dr. Landoli berichtete, dass Italien am 11. Juli gemeinsam mit der EU-Kommission einen Aktionsplan vorstellen wolle. Im Vordergrund stehe dabei, den Dialog mit anderen Mitgliedstaaten zu intensivieren. Am Beispiel Libyen erklärte er, wie wichtig die Zusammenarbeit mit den Herkunftsländern der Flüchtlinge sei: Obwohl Libyen wegen der aktuellen politischen Lage kein verlässlicher Partner sei, dürfe man das Land nicht im Stich lassen, stattdessen müsse man versuchen zusammen mit der EU die lokalen Behörden zu unterstützen. Nach dem „arabischen Frühling“ 2011 habe Italien beispielsweise Programme zur technischen Zusammenarbeit mit Tunesien gestartet, was den Staat 160 Millionen Euro in zwei Jahren gekostet hätte. Dies sei nur ein Beispiel für die großen Anstrengungen Italiens.

3. Flüchtlingszahlen

- 335.000 Menschen haben 2012 in der Europäischen Union (EU) einen Asylantrag gestellt.
- Auf Deutschland, Frankreich, Schweden, Großbritannien und Belgien fielen 70 Prozent dieser Anträge.
- Im Jahr 2013 wurden in Deutschland 127.023 Asylanträge gestellt, 64 Prozent mehr als im Vorjahr.
- Bereits von Januar bis Oktober 2013 wurden in der EU nach vorläufigen Angaben von EUROSTAT mehr als 350.000 Asylanträge gestellt, davon etwa 100.000 in Deutschland, jeweils 50.000 Asylbewerber in Schweden und Frankreich, je etwa 25.000 in Italien und Großbritannien sowie 18.000 in Belgien.
- Deutschland hat 2013 damit einen Anteil von fast 30 Prozent an allen Asylanträgen in der EU und somit die mit Abstand meisten Asylanträgen aller EU-Mitgliedstaaten zu verzeichnen.

4. Aktuelle Situation in den Flüchtlingscamps in Italien

Seit Anfang des Jahres haben Italien bereits mehr als 55.000 Flüchtlinge, hauptsächlich aus Somalia, Eritrea und Syrien erreicht. Im Vergleich zu 2013 bedeutet dies eine Verdopplung der Asylsuchenden. Derzeit sind rund 32.000 Flüchtlinge in italienischen Aufnahmezentren. Allein in Sizilien gibt es 134 (!) Flüchtlingslager mit bis zu 13.000 Menschen.

5. Überblick über die bisherigen Maßnahmen

Die Europäische Union hat Mitte des vergangenen Jahres neugefasste Regelungen zu einem „Gemeinsamen Europäischen Asylsystem“ in Kraft gesetzt. Diese betreffen

- die Asylzuständigkeit der Mitgliedstaaten,
- das Asylverfahren als solches und
- die Aufnahmebedingungen mit dem Ziel, fairer und schneller Verfahren mit hohen Schutzstandards.

Die Innenminister der Mitgliedstaaten der EU haben Anfang Oktober 2013 die Einrichtung einer Task Force beschlossen, die kurzfristig unter anderem

- Maßnahmen zur verbesserten Seenotrettung,
- vertiefter Zusammenarbeit mit Herkunfts- und Transitstaaten,
- zur Unterstützung besonders betroffener Mitgliedstaaten,
- glaubwürdiger Rückkehrpolitik und
- zur Bekämpfung von Schleusern und Menschenhändlern initiieren soll.

Die Europäische Kommission hat hierauf am 4. Dezember 2013 eine Mitteilung über die Arbeit der Mittelmeer-Task Force mit rund 40 operativen Maßnahmen in den Maßnahmefeldern

- Zusammenarbeit mit Drittländern,
- Regionaler Schutz/Neuansiedlung/legale Einreisemöglichkeiten,
- Bekämpfung von Menschenhandel/Schleuserkriminalität/organisierte Kriminalität,
- Grenzüberwachung/Beitrag Seenotrettung sowie
- Unterstützung von Mitgliedstaaten unter hohem Migrationsdruck herausgegeben.

6. Ausblick und Fazit

In letzter Zeit haben deutsche Politiker und Nichtregierungsorganisationen den Umgang der deutschen Bundesregierung mit der Flüchtlingsproblematik kritisiert.

„Besonders im Vergleich mit anderen europäischen Ländern, tut Deutschland bereits viel für Flüchtlinge. In Anbetracht der aktuellen Krisen, z.B. im Irak, ist allerdings zu erwarten, dass die Zahl der Flüchtlinge weiter zunehmen wird. Bund, Land, Kreis und die Kommunen sind hier noch mehr gefordert. Alleine können diese Institutionen dies jedoch nicht schaffen. Hier sind alle Bundesbürger gefordert, um sich dieser humanitären Aufgabe, also sowohl dem Schutz und der Integration von Asylsuchenden, zu stellen“ so Kordula Kovac.

Zum 1. Juli 2014 hat Italien die EU-Ratspräsidentschaft übernommen. Der von offiziellen Staatsvertretern angekündigte Aktionsplan liegt noch nicht vor.

Die deutsche Innenministerkonferenz berät derzeit über ein drittes humanitäres Aufnahmeprogramm für syrische Flüchtlinge. Mit den ersten beiden Abkommen hat Deutschland bereits 10.000 Menschen Asyl gewährt. *„Dies ist lo-benswert, aber nicht ausreichend“*, merkt Kordula Kovac an. Die Menschen würden bei der Überfahrt ihr Leben riskieren und dafür ihr Hab und Gut ver-äußern.

Neben ausreichenden und umfassenden Schritten zum Schutz und zur Ret-tung von Menschen in humanitären Notlagen, müssten dringend Maßnahmen ergriffen werden, damit die Menschen in ihren Heimatländern eine Zukunft sehen und auch tatsächlich haben. Allein auf dem afrikanischen Kontinent le-ben viele der etwa eine Milliarde Menschen unter zum Teil schwierigsten hu-manitären und auch wirtschaftlichen Bedingungen. Der Zuwanderungsdruck kann deshalb letztendlich nur durch eine nachhaltige Verbesserung der Le-bensverhältnisse vor Ort verringert werden. *„Natürlich darf dabei aber nicht vergessen werden, dass zwischen Migranten und Asylsuchenden unterschieden werden muss.“* Menschen, die vor Krieg und politischer Verfolgung aus Afghanistan, Somalia oder Syrien fliehen, benötigen unseren besonderen Schutz, der nicht an mangelnder Aufnahmebereitschaft der Bevölkerung scheitern dürfe.

Kordula Kovac fordert deshalb: *„Wir müssen sie da abholen, wo das Elend seinen Anfang nimmt. Ein Patentrezept gibt es hierfür nicht. Aber dass wir mehr tun müssen und dass dies auch einen Preis hat steht außer Frage. Wie wir dies tun können, muss ernsthaft in Deutschland und in Europa diskutiert werden. Möglichkeiten wie das italienische Programm ‚Mare Nostrum‘ flä-chendeckend in Frontex aufgehen könnte, sollten ebenfalls schnellstmöglich*

erörtert werden." Die Operation, die bis heute bereits rund 1900 Menschen auf dem Mittelmeer gerettet hat, sei sonst gefährdet.

7. Kordula Kovac berichtet und diskutiert in Südbaden über ihre Erlebnisse in Italien

Bundestagsabgeordnete Kordula Kovac besuchte auf Einladung das Gymnasium Trossingen, um mit Schülerinnen und Schülern der 10. und 11. Klasse und ihrem Lehrer Friedrich Martensen über die aktuelle Flüchtlings- und Asylsituation zu diskutieren. Aufmerksam verfolgten die Zuhörer die Ausführungen der Abgeordneten, die über die schwierige Flüchtlingssituation in Italien berichtete.



Kordula Kovac diskutierte zusammen mit den Schülerinnen und Schülern des Gymnasiums Trossingen.

In der regen Diskussion mit den Schülerinnen und Schülern erfuhr Kordula Kovac von schon praktizierten und geplanten Integrationsprojekten der Gymnasiasten und brachte ihre Anerkennung darüber mit einer spontanen persönlichen Geldspende für das Vorhaben zum Ausdruck. Am Ende des Diskussionsnachmittags bedankten sich die Schülerinnen und Schüler mit einem Blumenstrauß bei der Bundestagsabgeordneten für ihren Besuch und den offenen Gedankenaustausch.

8. Besuch bei REFUGIO, der Kontaktstelle für traumatisierte Flüchtlinge in Villingen-Schwenningen

Bei Geschäftsführerin Dr. Astrid Sterzel, Sozialpädagogin Veronika Herz und Traumatherapeutin Susanne Schupp informierte sich Kordula Kovac über die aufopferungsvolle und schwierige Tätigkeit des REFUGIO-Teams. Seit Juni 1998 arbeitet Refugio Villingen-Schwenningen als Kontaktstelle für traumatisierte Flüchtlinge in Villingen-Schwenningen.



In einem intensiven Gedankenaustausch diskutierten die Gesprächsteilnehmer die aktuelle Flüchtlingssituation in Italien und die vor Ort gemachten Erfahrungen von Kordula Kovac.

Der Verein REFUGIO will umfassend den Flüchtlingen mit deren ganzen Familien helfen. Dies beinhaltet u.a. die Hausaufgabenbetreuung von Flüchtlingskindern,

Deutschkurse auch für Personen mit noch ungewissen Aufenthaltsstatus, Lese- und Theaterprojekte für Kinder, Unterstützung bei Behördengängen sowie Rechtsangelegenheiten. Mit dieser Arbeit wird die therapeutische Arbeit pädagogisch ergänzt. Die Therapien und Begleitung wird mit Hilfe von geschulten Dolmetschern durchgeführt, die dabei als Kulturvermittler wirken, was die Therapie ungemein erleichtert, da kulturelle sowie sprachliche Barrieren abgebaut werden.

Newsletter abonnieren?

Bleiben Sie immer auf dem Laufenden mit meinem Newsletter, in dem mein Team und ich Sie auf Neuerungen, Pressemitteilungen und Termine aufmerksam machen.

Sie können den Newsletter abonnieren unter:

kordula.kovac@bundestag.de unter Nennung Ihres Namens und Ihrer Emailadresse.

Impressum:

„Kordula Kovac informiert aus Berlin“ ist ein Newsletter von Kordula Kovac MdB (CDU). Herausgeberin: Kordula Kovac MdB (verantw.), Schloßstraße 24, 77709 Wolfach, Telefon 07834 86 88 666, Telefax Fax: 07834 86 88 664, E-Mail: kordula.kovac@bundestag.de, Internet: kordulakovac.de.